

Österreichs Vorreiterrolle in der Nachhaltigkeitsforschung

Bürger- oder Wirtschaftsnähe?

Österreich gehört zu den Pionieren der Förderung transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung in Europa. Trotzdem war es nicht einfach, den von der Industrie dominierten Rat für Forschung und Technologieentwicklung für die Nachhaltigkeitsforschung zu gewinnen. Seit Juni gilt nun auch in Österreich eine neue Rahmenstrategie zur Forschung für Nachhaltige Entwicklung.

D Von Antonia Wenisch und Céline Loibl
 Das erste Nachhaltigkeitsforschungsprogramm lief von 1993 bis 2004. Das Programm Kulturlandschaftsforschung, nachhaltige Entwicklung österreichischer Landschaften und Regionen (KLF) war ein umwelt- und sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm des Österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (bm:bwk), an dem rund 500 Personen mitwirkten. Es ist als Vorreiter der Nachhaltigkeitsforschung in Österreich anzusehen. Viele der Forschungsteams waren interdisziplinär zusammengesetzt.

Die inhaltlichen Ziele des KLF-Programms waren:

- wesentliche Reduzierung der anthropogenen Stoffflüsse
- Optimierung der Beziehung zwischen Biodiversität und Lebensqualität
- Förderung der Lebens- und Entwicklungsoptionen innerhalb der Landschaftsdynamik

► Transdisziplinarität in Österreich

Neben dem inhaltlichen Leitziel der Erkundung nachhaltiger Entwicklungsperspektiven für Kulturlandschaften setzte das Programm ein methodisches Leitziel: Die Erarbeitung und Anwendung transdisziplinärer Forschungsansätze. Die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sollten ihre Forschungskonzepte in Zusammenarbeit mit betroffenen Zielgruppen entwickeln und umsetzen. Die transdisziplinären Methoden sollten ein Einfließen des Wissen und der Bedürfnisse dieser Gruppen in den Forschungsprozess unterstützen und dabei der Vielfalt und Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Interessen gerecht werden. Das aktive Einbeziehen von AnwenderInnen und Betroffenen in den Forschungsprozess sollte sicherstellen, dass die Forschungsergebnisse nicht nur wissenschaftliche sondern auch praktische Relevanz hatten.

Die österreichische Auffassung von Transdisziplinarität strebt die gleichwertige Teilnahme von wissenschaftlichen Partnern und Praxispartnern am Forschungsprozess an. In Deutschland gibt es zu diesem Punkt die Diskussion, ob es genügt, das Wissen der PraktikerInnen einzubeziehen oder ob sie selbst gleichberechtigt am Wissensbildungsprozess beteiligt werden müssen.

Der Unterschied kann einfach verdeutlicht werden: Vergleichen Sie die Broschüre „Optionen in der Nachhaltigkeitsforschung – Hinweise für die Konzeption und Durchführung von Kooperationsprojekten mit Praxispartnern“ des Instituts für sozial-ökologische Forschung (ISOE) mit dem Folder des Österreichischen Ökologie-Instituts „Wissen schafft Nutzen in Gemeinden – 10 TIPPS für den Umgang mit Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen für Gemeindeverantwortliche und solche die es werden wollen“. Alleine Titel, AdressateInnen und Umfang der Ratgeber illustrieren die unterschiedlichen Sichtweisen.

Hinter der österreichischen Auffassung transdisziplinärer Forschung steht ein Wissenschafts-, Gesellschafts- und Forschungsverständnis, das 1999 von Caspar Einem, Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr, so beschrieben wurde:

„Öffentlich finanzierte Forschung hat sich gesellschaftlicher Anliegen und Konflikte anzunehmen. ...- vordringliche Maßnahmen sind Problemlösungen durch Stärkung interdisziplinärer Forschung, transdisziplinäre Arbeitsmethoden, Einbeziehung von BürgerInnen in die Entwicklung von Forschungsprogrammen. Ebenso dazu zählt die Ausarbeitung nationaler ‘Schwerpunktprogramme im Dienste der Gesellschaft ...wie zum Beispiel Gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit, Public Health Care, Gentechnik-Sicherheitsforschung‘ (1).

Im Konzept des Grünbuchs von 1999 nahm Nachhaltigkeitsforschung, die vorrangig Umwelt und Soziales in den Fokus stellt, eine zentrale Rolle ein. Mit dem Ende der Koalition aus Sozialdemokraten und ÖVP ist aber auch die Forschungsstrategie des Grünbuchs vorerst vom Tisch. Forschung für Nachhaltige Entwicklung musste ihren Platz unter den neuen Bedingungen wieder erobern.

► Forschungsrat und Forschung

Die Jahreswende 1999/2000 brachte Österreich nicht nur Milleniumsfeiern, sondern auch den politischen Rechtsruck. Und in der Folge die Aufteilung der Forschungsagenden auf zwei Ministerien. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde auch die Umweltforschung aufgeteilt. Die Ökosystemforschung blieb, wie die Gesellschaftsforschung, beim bm:bwk. Die mehr technologisch

Der österreichische Rat für Forschung und Technologieentwicklung

Stimmberechtigte Mitglieder:

- Vorsitzender: Dipl. Ing. Dr. Knut Consemüller, Vorstand des BÖHLER-UDDEHOLM-Konzerns.
- Dr. Günther Bonn, Ordinarius für Analytische Chemie und Radiochemie an der Universität Innsbruck. Inhaber mehrerer Patente auf dem Gebiet der DNA-Analytik.
- Dr. Dervilla Donneley, Professorin für Fotochemie in Dublin. Vizepräsidentin des Exekutivrates der Europäischen Wissenschaftsstiftung, der europäischen Wissenschafts- und Technologievereinigung ESTA und der „Commission on Assisted Human Reproductions“.
- Dipl. Ing. Albert Hochleitner, Generaldirektor der SIEMENS AG Österreich, Aufsichtsratsvorsitzender des Forschungszentrums Seibersdorf.
- Dr. Hermann Kopetz, Professor und Vorstand des Instituts für Technische Informatik an der TU Wien.
- Univ. Doz. Dr. Ingeborg Hochmair-Desoyer, geschäftsführende Gesellschafterin der Firma MED-EL.
- Dr. Gottfried Brem, Ordinarius für Tierzucht und Genetik an der Wiener Veterinärmedizinischen Universität. Abteilungsleiter für Biotechnologie in der Tierproduktion am Interuniversitären Forschungsinstitut für Agrarbiotechnologie in Tulln (IFA), Geschäftsführer mehrerer Biotechnologiefirmen.
- Dipl. Ing. Reinhard Petschacher, Vorstandsdirektor der INFINEON TECHNOLOGIES AG.

Neben den acht stimmberechtigten Mitgliedern hat der Rat auch vier beratende Mitglieder: die MinisterInnen für „Verkehr, Innovation und Technologie“, „Bildung, Wissenschaft und Kultur“, „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Finanzen“.

Quelle: Eigene Darstellung

ausgerichteten Bereiche, die Umweltechnik und die Energieforschung, wurden dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) zugeschlagen.

Der Sommer 2000 bescherte Österreich auch ein neues Forschungsförderungsgesetz und den Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der die Österreichische Bundesregierung in allen Fragen betreffend Forschung, Technologie und Innovation berät. Realiter ist es der Forschungsrat, der bestimmt wofür und wie viel Forschungsmittel zur Verfügung stehen.

Bereits 1999 war das Programm Nachhaltig Wirtschaften mit der ersten Ausschreibung zum „Haus der Zukunft“ gestartet worden. Während dem bm:bwk die Mittel gekürzt wurden, hatte die Technologieforschung im bmvit Forschungsmittel zur Verfügung, die vor allem zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft beitragen sollten. Innovatives Bauen passt da gut hinein was der Nachhaltigkeitsforschung zu Gute kam.

„Das Impulsprogramm Nachhaltig Wirtschaften will durch nachhaltigkeitsorientierte Entwicklungen wesentliche Innovationsimpulse für die österreichische Wirtschaft auslösen und damit einen Strukturwandel in Richtung eines ökoeffizienten Wirtschaftens unterstützen.

Um dieses Ziel zu erreichen, genügt es nicht konventionelle Entwicklungen fortzusetzen. Es ist notwendig, neue Ansätze und Fragestellungen zu formulieren, um die ambitioniertesten und kreativsten Akteure in den Bereichen Forschung, technologische Entwicklung, Demonstration und Verbreitungsmaßnahmen für nachhaltigkeitsorientierte Projekte zu gewinnen.

Die Programmlinien „Haus der Zukunft“, „Fabrik der Zukunft“ und „Energiesysteme der Zukunft“ nähern sich diesem nachhaltigkeitsorientierten Ziel unter drei thematisch verschiedenen Blickwinkeln: dem Gebäudebereich, der Güterproduktion und der Energienutzung“ (2).

2002 wurde die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung von der Bundesregierung beschlossen. Mehr als ein Jahr lang hatten ambitionierte Abteilungen verschiedener Ministerien, von Landesbehörden und Gemeinden mit VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, Interessensvertretungen und ExpertInnen daran gearbeitet. Das Ergebnis war ein ambitioniertes Leitbild für Nachhaltige Entwicklung. Von der Bundesregierung wurde es in der Zielsetzung abgeschwächt und ergänzt durch Maßnahmen aus dem blau-schwarzen Koalitionsabkommen,

sodass sich jetzt die Pensionsreform, die Verteidigungsdoktrin inklusive des Kaufs von Eurofightern sowie das „Nulldefizit“ als Teil Nachhaltigkeitsstrategie lesen lassen. Zum Glück für die Umwelt- und SozialforscherInnen ist auch Forschung für Nachhaltige Entwicklung in der Nachhaltigkeitsstrategie verankert:

„Eine zentrale Herausforderung des Forschungssystems ist es daher geeignete Theorien und Modelle für Nachhaltige Entwicklung zu entwickeln um die wissenschaftlichen Grundlagen für nachhaltigkeitsorientiertes, sachpolitisches Handeln ... zu schaffen“ (3). Ausdrücklich benannt wurden „Ecoforesights Austria – Ökologische Zukunftsforschung“ und die Forschung im Bereich erneuerbare Energien und Ökoeffizienz. Das war im April 2002.

Während Ökoeffizienz und erneuerbare Energien einen festen Platz in der Technologieforschung hatten, mussten die Sozial- und Umwelforscher erst um Zuwendungen kämpfen. Ohne Empfehlung vom Forschungsrat gibt es in Österreich kein Geld für Forschung, also war es nötig, ein Gremium, das sich wesentlich der Wirtschaft und der Technologieentwicklung verpflichtet fühlt, zu überzeugen, dass auch Probleme der sozialen Kohäsion, die Veränderung der Ökosysteme und der Klimawandel einen Einfluss auf die österreichische Wirtschaft haben. Zwei Jahre intensiver Überzeugungsarbeit durch WissenschaftlerInnen, und die BeamtInnen des Wissenschaftsministeriums sowie einige Großveranstaltungen waren nötig, um den Forschungsrat zu bewegen auch ökologische Zukunftsforschung zu fördern.

► Rahmenstrategie

Mittlerweile ist daraus die Rahmenstrategie für die Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FORNE) entstanden (4). FORNE ist das Dach, unter dem die Fortführung des Programms Nachhaltig Wirtschaften des bmvit, das neue Programm proVision des bmbwk, sowie die im Wesentlichen hauseigene Forschung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (bmlfuw – alias Lebensministerium) zusammengefasst wurden. Das Ziel von FORNE ist die Herstellung von Kohärenz in den Nachhaltigkeitsforschungsprogrammen und die Stärkung der Position der Nachhaltigkeitsforschung in Österreich.

FORNE wurde Mitte Oktober auf einer Großveranstaltung des Programms Nachhaltig Wirtschaften vorgestellt. Da gleichzeitig die laufenden Projekte der Programmlinie „Fabrik der Zukunft“ präsen-

tiert wurden, wurden auch die Umsetzungserfolge sichtbar, die in der Zusammenarbeit mit Gewerbe und Industrie erzielt wurden.

Transdisziplinarität ist auch in den Technologie-Programmen gefragt, auch wenn sie sich hier auf das Einbeziehen von PraktikerInnen aus Gewerbe und Industrie bezieht. Einzubeziehen sind hier auch NutzerInnen, denn auch Cleaner Production und Erneuerbare Energien brauchen letztendlich KonsumentInnen.

Anstelle der Einbeziehung von BürgerInnen in die Entwicklung von Forschungsprogrammen setzt die Schwarz-Blau Koalition auf die Einbeziehung der Industrievertreter. Seit einigen Wochen sind die ersten Ausschreibungen zum neuen Programm „proVision – Vorsorge für Natur und Gesellschaft“ veröffentlicht (5). Die Leitfragen der Ausschreibung betreffen „Risiko, Unsicherheit, Ungewissheit“ und „Dialoge für Nachhaltigkeit“. Letzteres legt einen Schwerpunkt auf Arbeiten zur Lokalen Agenda 21. Es bleibt zu hoffen, dass mit dem neuen Programm auch der gesellschaftliche und soziale Fokus der Nachhaltigkeitsforschung wieder mehr Gewicht bekommt und Transdisziplinarität wieder die Beteiligung der Zivilgesellschaft stärkt.

Anmerkungen

(1) Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (Hg.): Grünbuch zur österreichischen Forschungspolitik. Wien 1999.

(2) siehe www.nachhaltigwirtschaften.at

(3) Österreichische Bundesregierung (Hg.): Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Wien 2002, S.37.

(4) www.rat-fre.at/files/FORNE_Strategie_final.pdf

(5) www.umweltbundesamt.at/umwelt/provision

Die Autorinnen

Antonia Wenisch ist Geschäftsführerin des Österreichischen Ökologie-Instituts für angewandte Umweltsforschung (ÖÖI), Céline Loibl ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsfeld Forschungsmethoden und Evaluation.

Kontakt: ÖÖI, Seidengasse 13, A-1070 Wien.
Tel. 0043-1-52361050, E-Mail: wenisch@ecology.at,
loibl@ecology.at, www.ecology.at

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.